ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Grömling, Michael

Research Report

Breiter Konjunkturpessimismus IW-Konjunkturumfrage Herbst 2019

IW-Kurzbericht, No. 78/2019

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Grömling, Michael (2019) : Breiter Konjunkturpessimismus IW-Konjunkturumfrage Herbst 2019, IW-Kurzbericht, No. 78/2019, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/209113

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IW-Kurzbericht 78/2019

Breiter Konjunkturpessimismus IW-Konjunkturumfrage Herbst 2019

Michael Grömling, 2. Dezember 2019

Die gegenwärtige Konjunkturschwäche trifft die Unternehmen in Westdeutschland etwas stärker als in Ostdeutschland. Die Wachstumsperspektiven haben sich in beiden Regionen merklich eingetrübt – wie zuletzt bei der Staatsschuldenkrise im Euroraum 2012. Vor allem in der Industrie dominieren die pessimistischen Unternehmen. Auch bei den Investitionen und bei der Beschäftigung sind 2020 keine Verbesserungen zu erwarten.

Tief gespaltene Konjunktur in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft tritt seit geraumer Zeit auf der Stelle. Konnten in den Jahren 2016 und 2017 noch Zuwächse beim preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten Bruttoinlandsprodukt von Quartal zu Quartal in Höhe von durchschnittlich 0,7 Prozent erwirtschaftet werden, so beläuft sich seit Anfang 2018 das magere Plus auf nur noch 0,1 Prozent im Durchschnitt der Quartale. Hinter dieser Wachstumsschwäche verbirgt sich jedoch eine klar gespaltene Branchenentwicklung: Die Industrie trat zunächst seit Anfang 2018 auf der Stelle und ging dann ab Mitte des vergangenen Jahres auf eine anhaltende Talfahrt. Im dritten Quartal 2019 lag ihre reale Wertschöpfung um 5 Prozent unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2018. Die Dienstleister, auf die rund 70 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entfallen, legen zwar noch zu. Die Fortschritte gegenüber den Vorquartalen haben aber deutlich nachgelassen. Im dritten Quartal 2019 belief sich das Plus auf nur noch 0,2 Prozent. Dagegen strotzte die Baukonjunktur vor Kraft. Mit Ausnahme des zweiten Quartals 2019 wurden seit Anfang 2018 von Quartal zu Quartal Steigerungen von über 1 Prozent realisiert. Bau und Dienstleister konnten zusammen genommen die Industrierezession ausgleichen – mehr aber auch nicht.

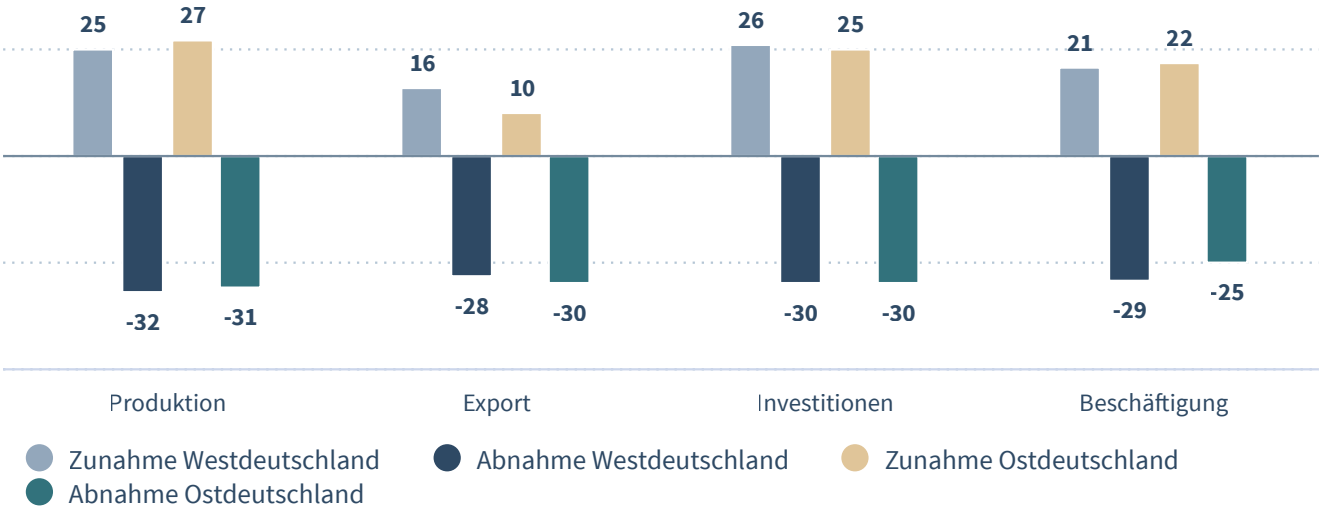
Die Gründe für die Industriekrise und die konjunkturelle Zweiteilung sind in der deutlich nachlassenden Gangart der Weltwirtschaft zu suchen. Diese leidet unter der schwachen globalen Investitionstätigkeit, was wiederum das Ergebnis von Protektionismus und vielfältigen geopolitischen Verunsicherungen ist. Egal wie man den Globus dreht, boomende Länder oder Regionen sind kaum zu finden und das belastet die Weltwirtschaft insgesamt und den grenzüberschreitenden Güteraustausch. Dies bekommt die in hohem Maß auf die Produktion und den Handel von Investitionsgütern ausgerichtete deutsche Wirtschaft deutlich zu spüren.

Industrie steckt in der Krise

Vor dem Hintergrund der globalen Wachstumsschwäche, die letztlich aus politischen Instabilitäten und Un-

Erwartungen der ost- und westdeutschen Unternehmen für 2020

Anteil der Unternehmen, die für 2020 eine Zunahme oder Abnahme bei Produktion, Exporten, Investitionen und Beschäftigung erwarten



Gewichtete Ergebnisse; Rest zu 100: gleichbleibend.
Quelle: IW-Befragung von 1.851 Unternehmen in Westdeutschland und 469 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2019

wägbarkeiten resultiert, haben sich die Exporterwartungen in West- und vor allem in Ostdeutschland erheblich verschlechtert. Im Westen erwarten für das kommende Jahr nur noch 16 Prozent der Unternehmen einen Exportzuwachs, im Osten ist es sogar nur ein Zehntel. Dabei ist zu beachten, dass die Ausfuhrtätigkeit der westdeutschen Firmen stärker ausgeprägt ist. Mit 30 Prozent gehen in Ostdeutschland etwas mehr Firmen als im Westen (28 Prozent) von einem schwächeren Exportgeschäft im kommenden Jahr aus. Möglicherweise spielen hier die zurückhaltenden Perspektiven für Osteuropa eine Rolle. Jedenfalls ist der Saldo aus positiven und negativen Exporterwartungen mit –13 Prozentpunkten erstmals seit der globalen Finanzmarktkrise im Jahr 2009 im Minus – bei Weitem aber nicht so stark wie damals mit 49 Prozentpunkten.

Diese schwindende Zuversicht in das künftige Auslandsgeschäft überträgt sich sowohl im Westen als auch im Osten auf die Produktionsperspektiven. Diese haben sich seit Herbst 2017 und Frühjahr 2018 erheblich verschlechtert: Belief sich damals der Saldo aus positiven und negativen Produktionserwartungen in Deutschland noch auf über 40 Prozentpunkte, so rutschte der Saldo im Herbst 2019 erstmals seit Herbst 2012, als die Staatsschuldenkrise im Euroraum die Konjunktur abwürgte, wieder ins Minus. Derzeit erwartet nur noch ein Viertel aller 2.300 befragten Unternehmen einen Produktionszuwachs im Jahr 2020. Dagegen geht fast ein Drittel von einem Rückgang bei den Geschäftsaktivitäten im nächsten Jahr aus.

Vor allem die industriellen Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern gehen mit tiefen Sorgenfalten in das neue Jahr. Rund 40 Prozent dieser auch stark im internationalen Geschäft aktiven Firmen sehen für 2020 eine niedrigere Produktion als in 2019. Die optimistischen Firmen haben jeweils nur noch ein Gewicht von 23 Prozent. Vor allem die Hersteller von Vorleistungen, zu denen etwa die Chemieindustrie gehört, dürften im Westen erheblich stärker von Rückgängen betroffen sein als im Osten. Während die Krise von den west- und ostdeutschen Investitionsgüterfirmen ähnlich heftig eingeschätzt wird, ist die Konsumgüterindustrie im Osten deutlich skeptischer. Insgesamt gesehen ist es in der deutschen Konsumgüterindustrie jedoch nicht ganz so

negativ, aber auch dort dominieren die Pessimisten mit 33 Prozent leicht die Optimisten mit 29 Prozent.

Im Gefolge der Industrierezession haben die Dienstleister merklich an Tempo eingebüßt. Auch die Erwartungen für 2020 haben sich verschlechtert. Die pessimistischen Serviceunternehmen haben mit knapp 28 Prozent sogar die Oberhand über die Optimisten mit knapp 26 Prozent. Das liegt vor allem an den westdeutschen Firmen.

In der Bauwirtschaft dominieren nach wie vor diejenigen Firmen, die im kommenden Jahr einer höheren Produktion entgegensehen. Das gilt im Westen wie auch im Osten. Aber hier hat sich die Zuversicht ebenfalls zurückgebildet. Im Gegensatz zur Industrie, wo sich die Perspektiven infolge der schwachen Weltnachfrage eingetrübt haben, dürften im Baubereich die kurzfristig kaum noch ausweitbaren Kapazitäten einem weiteren Produktionsanstieg im Wege stehen.

Zögerliche Investitionserwartungen

Vor dem Hintergrund der schwachen Produktionserwartungen hat sich auch die Investitionsneigung der deutschen Unternehmen verschlechtert. Belief sich der Saldo aus positiven und negativen Investitionsabsichten im Frühjahr 2018 noch auf 35 Prozentpunkte, so wurde jetzt im Herbst 2019 ein Minussaldo von 4 Prozentpunkten registriert. Bislang waren die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen noch relativ robust. Von Ende 2013 bis Anfang 2019 war eine nahezu durchgängig expansive Investitionstätigkeit zu beobachten. Diese hat im Jahresverlauf 2019 bereits nachgelassen. Gemäß den Investitionserwartungen der IW-Konjunkturumfrage setzt sich diese Zurückhaltung im kommenden Jahr fort. Neben den schwachen Investitionsanreizen infolge der weiterhin moderaten Gangart der Weltwirtschaft schlagen hier die wenig investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zu Buche. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland hat in den letzten Jahren aufgrund der Entwicklung von Arbeits- und Energiekosten nachgelassen. Vielfältige Regulierungen am Arbeitsmarkt und bürokratische Genehmigungsverfahren in vielen Bereichen belasten den Investitionsstandort im internationalen Vergleich.

Langjähriger Beschäftigungsaufbau stockt

Am deutschen Arbeitsmarkt waren über viele Jahre beachtliche Verbesserungen zu verzeichnen. Die Anzahl der Erwerbstätigen belief sich im Jahr 2005 auf gut 39 Millionen, im dritten Quartal 2019 waren es 45,4 Millionen. Trotz der zwischenzeitlichen globalen Finanzmarktkrise und der darauffolgenden Staatsschuldenkrise wurden hierzulande seit 2005 rund 5,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen – für alle Branchen, Qualifikationen und Arbeitszeitarrangements. Derzeit haben sich jedoch die Hoffnungen auf einen fortgesetzten Arbeitsmarkterfolg verflüchtigt. Gemäß der IW-Konjunkturumfrage erwarten für das Jahr 2020 noch 21,5 Prozent der Firmen zusätzliche Mitarbeiter. Knapp 29 Prozent planen allerdings einen Beschäftigungsabbau, sodass der Saldo aus positiven und negativen Meldungen erstmals seit Herbst 2012 wieder ins Minus dreht. Freilich ist aus diesem Saldo nicht ersichtlich, ob die Unternehmen mit negativen Beschäftigungserwartungen in absoluten Zahlen mehr Arbeitsplätze abbauen als die Firmen mit positiven Erwartungen mengenmäßig aufbauen. Gleichwohl dürfte das Ende des langjährigen Beschäftigungsaufbaus gekommen sein. Westdeutschland wird von den Beschäftigungsanpassungen stärker betroffen sein als Ostdeutschland.